

## **Gesundheit ist das Wichtigste, auch in der EU**

Wenn man jemandem zum Geburtstag oder zum Jahreswechsel „Alles Gute“ wünscht, auch schon vor der Corona-Krise, dann war der letzte Satz oft der gleiche: "Vor allem Gesundheit". In Zeiten der Corona-Krise ist dieser Wunsch noch wichtiger als sonst. Leider haben die Mitgliedstaaten und auch viele Europapolitiker diese Priorität nicht immer entsprechend verfolgt. Die Gesundheitspolitik wurde oftmals als eine rein nationale Angelegenheit angesehen. Das ist sie aber absolut nicht. Vielmehr verpflichtet uns der Vertrag über die Arbeitsweise der EU im Gesundheitsbereich sogar, entsprechend tätig zu werden. So zum Beispiel in Artikel 114 und 168. Trotzdem hat die vorherige Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker nur einen konkreten gesundheitspolitischen Vorschlag gemacht. Und dieser Vorschlag steckt bis heute im Rat fest (HTA-Bewertung von Gesundheitstechnologien).

Die Corona-Krise zeigt nun, dass es eine völlig falsche Entscheidung war, Gesundheitspolitik nicht prioritär zu behandeln. Gesundheit muss auch in der europäischen Politik ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Wir sehen gerade, dass europaweit viele Menschen sterben, unter anderem deshalb, weil die Antwort auf die Corona-Pandemie am Anfang nicht koordiniert genug war. Die Pandemie hat auch dramatische wirtschaftliche Folgen und vor allen Dingen dürfen wir nicht die Menschen vergessen, die in den Krankenhäusern arbeiten und bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit für unser aller Gesundheit sorgen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zugegeben, dass sie die Bedrohung durch das Virus unterschätzt hat. Sie hat sich dafür entschuldigt, dass Europa zu Beginn der Krise nicht genügend Solidarität gegenüber Italien gezeigt hat. Diesen Schritt von Frau von der Leyen kann man nicht hoch genug bewerten. Während andere Politiker die Bedrohung immer noch unterschätzen, arbeiten die Kommissionspräsidentin und ihr Team Tag und Nacht daran, die Krise zu bekämpfen. Tatsächlich haben wir bereits viel erreicht: Die Europäische Arzneimittelagentur hat das Verfahren einer Impfstoffzulassung / Medikamentenzulassung beschleunigt, die Europäische Kommission finanziert mehr als 100 Forscherteams in der ganzen EU, die an Impfstoffen und Medikamenten forschen. So wurde unter anderem auch ein Forschungsprojekt einer deutschen Firma mit 50 Millionen Euro finanziert, die nun sogar die ersten klinischen Studien in der EU für die Entwicklung eines Impfstoffes durchführt. Am Montag, den 4. Mai wurden auf Initiative der Kommission bei einer Spendenaktion für die Entwicklung eines Impfstoffes fast 7,5 Milliarden Euro bei internationalen Partnern gesammelt. Wir haben auf die Krise zügig reagiert und stellen nun die verbliebenen Gelder aus dem laufenden Finanzrahmen zur Bekämpfung der Krise zur Verfügung. Nach dem Vorschlag der Kommission stimmte das Europäische Parlament in weniger als zwei Wochen einer Änderung der Medizinprodukte-Verordnung zu. Damit haben wir Unternehmen die Möglichkeit gegeben, Beatmungsgeräte und anderes Material gegen die Corona-Krise mit weniger bürokratischem Aufwand herzustellen. Die Europäische Kommission hat Richtlinien erarbeitet und finanzielle Unterstützung bereitgestellt, um Covid-19-Patienten in andere Ländern zu transportieren, wenn die nationalen Kapazitäten wie die Intensivbetten erschöpft sind. Außerdem wurden zwei Mechanismen aktiviert (RescEU und Joint Procurement) um wichtiges Material wie eben Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte in die Regionen zu schaffen, die diese am dringendsten brauchen. Bemerkenswert ist auch, dass der Vorschlag für das Europäische Instrument „Support to mitigate Unemployment Risks in an

Emergency (SURE)“ infolge des Covid-19-Ausbruchs nun auch die Finanzierung von gesundheitsbezogenen Maßnahmen am Arbeitsplatz umfasst.

Bei all dem was schon erreicht wurde sind wir uns jedoch einig, dass diese Maßnahmen noch nicht ausreichen. Wir müssen mehr tun und vor allem müssen wir für künftige Krisen besser vorbereitet sein. Deshalb fordern wir:

1. Wir haben volles Verständnis dafür, dass viele Bürgerinnen und Bürger Lockerungen der Corona-Maßnahmen fordern. Während einige Lockerungsmaßnahmen nicht nur wichtig, sondern sogar absolut notwendig sind, z.B. um Kinder zu schützen, die zu Hause keine vernünftige Betreuung erhalten, sind wir sehr besorgt darüber, dass in vielen Ländern zahlreiche Maßnahmen gleichzeitig aufgehoben werden. Wir bitten alle Verantwortlichen darum, vorsichtig vorzugehen. Die Bedrohung des Coronavirus ist noch nicht vorbei. Im Gegenteil, eine zweite Welle ist sogar sehr wahrscheinlich. Wir sollten die Grenzen unseres Gesundheitssystems nicht austesten. Selbst wenn das Gesundheitssystem nicht komplett überfordert wird, leiden viele Patienten. Viele Menschen sterben sehr viel früher als ohne Corona und die Mitarbeiter im Gesundheitswesen sind extrem belastet. Im Interesse aller sollten deshalb die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit Bedacht und schrittweise aufgehoben werden. Dabei sollte unbedingt weiter auf social distancing sowie den Schutz vor einer Ansteckung geachtet werden. Im Falle von steigenden Infektionszahlen sollte außerdem immer die Möglichkeit bestehen, gerade erst gelockerte Maßnahmen sofort wieder einzuführen und gegebenenfalls sogar zu verschärfen, damit unsere Gesundheit geschützt wird.
2. Der neue Finanzrahmen, den die Europäische Kommission in den kommenden Tagen vorlegen wird, sollte sich stärker als bisher auf den Bereich Gesundheit konzentrieren. In Strukturfonds, ESF und Forschung muss Gesundheit zu einer Priorität werden. Die Entscheidung der Europäischen Kommission und des Rates, das Gesundheitsaktionsprogramm mit dem ESF zusammenzulegen, war bereits in der Vergangenheit falsch und muss nun unverzüglich rückgängig gemacht werden. Wir brauchen ein eigenständiges und finanziell gut ausgestattetes Gesundheitsaktionsprogramm.
3. Wenn es um die Entwicklung eines Impfstoff und einer Therapie gegen Covid-19 geht, müssen wir die Wissenschaft stärker unterstützen und das Zulassungsverfahren weiter beschleunigen, ohne dabei die Sicherheit zu gefährden. Wir müssen alle unsere Möglichkeiten nutzen, einschließlich die der Handelspolitik, um zu verhindern, dass Präsident Trump, China oder andere einen zukünftigen Impfstoff oder ein Medikament exklusiv für ihre jeweiligen Länder und Bürger vorbehalten.
4. Das Personal und die Kompetenzen der zuständigen europäischen Agenturen wie des Europäischen Zentrums für Seuchenbekämpfung (ECDC) und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) müssen dringend verstärkt werden.

5. Digitale Lösungen zur Bekämpfung der Corona-Krise müssen gefördert werden. Dabei müssen die EU-Datenschutzregeln selbstverständlich befolgt werden. Wir brauchen außerdem schnell einen europäischen Raum für Gesundheitsdaten.
6. Europa muss unverzüglich einen Aktionsplan aufstellen, um den Mangel an wichtigen und lebensrettenden Arzneimitteln zu beheben. Dazu sollen bestehende Initiativen verstärkt werden, um zum Beispiel Produktionsstätten der pharmazeutischen Industrie in die EU zurückzuverlagern.
7. Alle Institutionen, Europäische Kommission, Rat und Parlament, müssen Gesundheitsfragen absolute Priorität einräumen, auch wenn die Kapazitäten derzeit, zum Beispiel für Remote-Sitzungen, begrenzt sind. Gesundheitsfragen müssen ganz oben auf der Tagesordnung stehen und dürfen keinesfalls als nachrangig betrachtet werden.
8. Wir brauchen einen europäischen Mechanismus für Maßnahmen im Gesundheitswesen, um besser auf jegliche Arten von Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein und besser gemeinsam und koordiniert auf sie reagieren zu können. Dieser Mechanismus stellt den ersten Schritt für eine gemeinsame und innovative europäische Gesundheitspolitik dar. Eine Koordinierung kann für europäische Souveränität von medizinischen Materialien und Ausrüstung sorgen und die Zusammenarbeit in der Forschung verstärken. Das Europäische Parlament sollte ein spezielles Gremium für Gesundheitsfragen schaffen.

Die Krise zeigt, was die Beschäftigten im Gesundheitswesen und viele, viele Bürgerinnen und Bürger bereits vorher wussten: Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Eine gesunde Gesellschaft ist die Grundlage für eine gute Wirtschaft, eine starke Rolle Europas in der Welt und für vieles mehr. Es ist höchste Zeit, dass die Entscheidungsträger aller politischen Ebenen dies beherzigen und in konkrete Politik umsetzen.

Peter Liese, EPP, Germany

Chrysoula Zacharopoulou, RE, France

Manuel Pizarro, S&D, Portugal